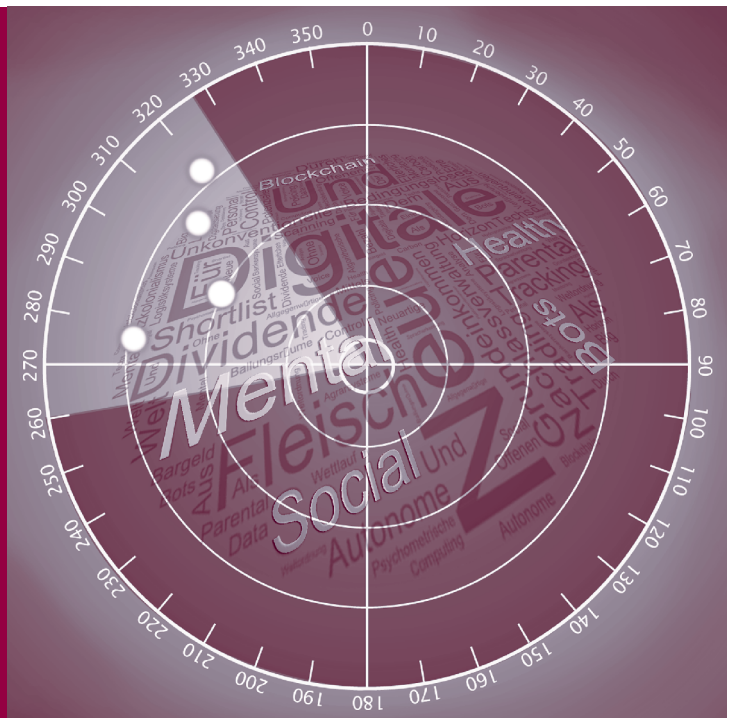




BÜRO FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG
BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Sonja Kind
Simone Ehrenberg-Silies

Digitale Dividende – bedingungsloses Grundeinkommen



Digitale Dividende – bedingungsloses Grundeinkommen

Kurzdarstellung des Themas

Das Thema bedingungsloses Grundeinkommen hat in jüngster Zeit durch die Debatte über die Auswirkungen der fortschreitenden Digitalisierung und Automatisierung und die Frage, wie die digitale Dividende angemessen verteilt werden kann, an besonderer Aufmerksamkeit gewonnen.

Das bedingungslose Grundeinkommen steht für den Anspruch auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedem Bürger einer Gesellschaft unabhängig von Herkunft und Leistung gezahlt wird (Opielka/Voruba 1986). Die digitale Dividende wiederum beschreibt die Idee, dass durch die Digitalisierung der Industrie ein Produktivitätswachstum erzielt wird, von dem die Bürger und ganze Staaten profitieren sollen. Kritiker dieser Vision gehen jedoch davon aus, dass die digitale Dividende nicht allen gleichermaßen zugutekommt und deshalb auf eine angemessene und gerechte Verteilung in der Gesellschaft geachtet werden müsse. Zudem scheint es schwieriger als bisher erwartet, die Digitalisierung überhaupt in eine digitale Dividende umzuwandeln.

Als Folge der Digitalisierung und Automatisierung könnte es nämlich zu einem starken Verlust an Arbeitsplätzen kommen. Besonders betroffen seien Menschen mit mittlerem Qualifikationsniveau, die nicht mehr über die Erzielung ihres Erwerbseinkommens an dem durch die Digitalisierung erhofften Produktivitätszuwachs beteiligt sein könnten (Brynjolfsson/McAfee 2014). Frey und Osborne (2013) errechneten 47 % gefährdete Jobs in den USA.

Das Thema des bedingungslosen Grundeinkommens ist an sich nicht neu. Neu ist jedoch die Verknüpfung mit dem Thema Digitalisierung und Automatisierung. Es ist zu beobachten, dass die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens zunehmend auch von Technologiemanagern und eher konservativen Ökonomen diskutiert und befürwortet wird, so auch auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos (Schäfer 2016). Immer mehr Ökonomen, Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter sehen im bedingungslosen Grundeinkommen einen Lösungsansatz für die Folgen der durch die Digitalisierung bedingten Entwicklungen. In Deutschland sind prominente Wirtschaftsvertreter der Debatte der Vorstandsvorsitzende der Telekom Timotheus Höttges (Zeit Online 2015) sowie Götz Werner, Gründer der Drogeriekette dm (Werner 2008).

Ebenso beschäftigen sich private Initiativen mit dem Thema: In Deutschland gibt es das in Berlin gegründete Crowdfundingprojekt »Mein Grundeinkommen« (www.mein-grundeinkommen.de). In der Schweiz wurde ebenfalls von einer privaten Initiative der Anstoß zu einem Volksentscheid zur Einfüh-



rung des bedingungslosen Grundeinkommens gegeben. Am 5. Juni 2016 stimmte eine große Mehrheit von 76,9 % gegen die Einführung bei 46 % Wahlbeteiligung (tagesschau.de 2016).

Hintergrund und Stand der Entwicklung

Die Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen reichen weit zurück in die Vergangenheit (BIEN 2016). Das bedingungslose Grundeinkommen fand erstmalig Erwähnung Ende des 18. Jahrhunderts durch Thomas Paine (1795). Jeder Bürger sollte das Recht auf eine materiell gesicherte Lebensweise haben. Hintergrund war der Gedanke, dass sich Vermögen und Besitz unter den Bürgern ungleich verteilt und dies zu sozialem Unfrieden führt. Die Bürger sollten ein Recht haben, vom Land zu profitieren. Das Grundeinkommen sollte dafür entschädigen, dass nicht jeder von Geburt an Land besitzt.

Im 20. Jahrhundert wurde das Thema mehrfach als soziale oder nationale Dividende aufgegriffen. Zunächst Anfang des 20. Jahrhunderts nach dem ersten Weltkrieg in England, dann in den 1960er Jahren in den USA durch Robert Theobald, Milton Friedman sowie James Tobin und John Kenneth Galbraith. Die Motivationen waren hier zum Teil unterschiedlich. Ging es Robert Theobald bereits darum, die Folgen einer sich schon zu diesem Zeitpunkt abzeichnenden zukünftigen Automatisierung auszugleichen, und Tobin bzw. Galbraith darum, größere Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Bürger zu fördern, stand bei Friedman eine radikale Vereinfachung des Wohlfahrtssystems durch eine negative Einkommenssteuer im Vordergrund. Bei einer negativen Einkommenssteuer würde das Finanzamt, wenn das Einkommen unter einem Minimum liegt, die Differenz ausgleichen, ohne die Bedürftigkeit zu überprüfen. Damit unterscheidet sich dieses Modell in seinen Grundzügen wesentlich vom bedingungslosen Grundeinkommen, bei dem ein festgelegter Betrag an jeden ausgezahlt würde. Die negative Einkommenssteuer sollte als Übergang zu einer idealen transferfreien kapitalistischen Gesellschaft dienen. So kämen durch den Verzicht auf Transferleistungen (also Wohlfahrtsleistungen) freie Märkte zum Tragen, die eine freiheitlich orientierte und damit gerechte Gesellschaft befördern würden. In den späten 1970er und frühen 1980er Jahren wurde die Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen weiter fortgesetzt, zu dieser Zeit insbesondere in Nord- und Westeuropa (BIEN 2016).

In Deutschland wurde das Thema in den 1980er u. a. von der grünen Bewegung aufgegriffen (Opielka/Ostner 1987; Opielka/Voruba 1986). Der Ökonom Joachim Mitschke entwickelte Mitte der 1980er Jahren die Idee eines Bürgergeldes (Mitschke 1985), das auf die zuvor genannte Idee der negativen Einkommenssteuer von Friedman zurückgeht. Diese Idee wurde von der FDP in Form



des (nicht bedingungslosen) »Liberalen Bürgergelds« aufgegriffen. Hierzu sollten Bedürftigkeit und Arbeitsunfähigkeit geprüft werden, was der Idee der Bedingungslosigkeit widerspricht. Anfang 2000 initiierte Thomas Straubhaar, zuletzt Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI), das Konzept des solidarischen Bürgergelds, das vom ehemaligen Ministerpräsidenten Thüringens Dieter Althaus (CDU) unterstützt wurde und zwei verschiedene Optionen des kleinen und großen Bürgergelds vorsah. In einer Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde die Finanzierbarkeit des Konzeptes untersucht und als machbar bewertet (Borchard 2007). Die SPD stand dem Althaus-Konzept kritisch gegenüber. Argumente dagegen waren unter anderem, dass Menschen »stillgelegt« und mit Geld abgespeist würden (Lachmann 2006). Die Friedrich-Ebert-Stiftung gab 2009 eine Expertise zum Grundeinkommen in Auftrag, in der Vor- und Nachteile beleuchtet wurden (Lessenich 2009). Die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD kam zu der Einschätzung, dass »Geld allein nicht genüge« (SPD 2008). In der Partei DIE LINKE wird eine sanktionsfreie Grundsicherung kontrovers diskutiert, aber weitgehend befürwortet.

Insgesamt wird das Thema breit diskutiert und lässt sich keineswegs auf eine einfache Formel politischer Tendenzen und Lager bringen in dem Sinne, dass bestimmte Parteien und deren Protagonisten dafür und andere tendenziell dagegen wären. Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass die Idee bislang im gesamten Parteienspektrum auf unterschiedliche Weise mit unterschiedlichen Argumenten aufgegriffen worden ist.

Das Thema ist mit Blick auf Pro- und Kontraargumente und die Finanzierbarkeit der einzelnen diskutierten Modelle sehr facettenreich. Vereinfacht standen bei der bisherigen Diskussion des Grundeinkommens v. a. folgende Themen im Mittelpunkt:

- > *Pro:* individuelle Freiheit zur Selbstverwirklichung, Schaffung fairer und attraktiver Arbeitsverhältnisse, Förderung der Eigenverantwortung, Steigerung von Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe, Vereinfachung und Entbürokratisierung des Steuer- und Sozialleistungssystems.
- > *Kontra:* Aufgabe von staatlicher Wohlfahrt und Zerstörung des Sozialsystems, Geldzuwendung bedingt nicht automatisch Freiheit, Beibehaltung sozialer Ausgrenzung, Kostenlast bleibt bei Unter- und Mittelschicht, mangelnde Akzeptanz in der Gesellschaft, Bildungs- und Leistungsanreize werden genommen.

Das Thema bedingungsloses Grundeinkommen hat in letzter Zeit an Fahrt gewonnen, weil es zunehmend als mögliche Lösungsoption für die Auswirkungen der fortschreitenden Digitalisierung und Automatisierung gesehen wird. Das bedingungslose Grundeinkommen würde »die Grundlage für ein menschen-



würdiges Leben« sichern können (Zeit Online 2015). Gemäß den Befürwortern könnten mithilfe des Grundeinkommens die zu erwartenden Folgen der Digitalisierung zum Beispiel aufgrund des Wegfalls von Arbeitsplätzen oder die zunehmende Instabilität von Arbeitsverhältnissen und einer daraus resultierenden immer größer werdenden Einkommensungleichheit vermieden werden (Morozov 2016). Führende Wirtschaftsökonomen und renommierte Wirtschaftswissenschaftlicher sprechen sich deshalb für das bedingungslose Grundeinkommen aus.

So zum Beispiel der Ökonom Sir Christopher Pissarides, Nobelpreisträger und Professor an der London School of Economics, auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Januar 2016 in Davos. Ein weiterer prominenter Befürworter ist der Ökonom Jeremy Rifkin (1996), der bereits Mitte der 1990er Jahre in seinem Buch »Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft« prophezeite, dass infolge der Automatisierung und Informatisierung der Arbeitswelt die Arbeitslosigkeit massiv steigen würde.

Auch die Wissenschaftler Andrew McAfee und Erik Brynjolfsson, Wissenschaftler am MIT Center for Digital Business at the Sloan School of Management (2014) plädieren für ein Mindesteinkommen in Form einer negativen Einkommenssteuer nach dem Modell von Milton Friedman, um das Einkommen in der Gesellschaft umzuverteilen. Dabei soll das Grundeinkommen durch weitere fördernde Maßnahmen im Bereich der Bildung und Unternehmensgründung begleitet werden. Die Kernargumente, weshalb dies aus ihrer Sicht notwendig sei, fassen Brynjolfsson/McAfee (2014) zusammen: Durch den technologischen Wandel in Form von künstlicher Intelligenz, Robotern, Computernetzwerken etc. und die damit verbundene vierte industrielle Revolution wird die Mittelschicht sukzessive eine Schwächung erfahren, weil primär Jobs der mittleren Bildungsschicht wegfallen. Nicht nur Routineaufgaben, sondern auch anspruchsvollere kognitive Tätigkeiten werden zunehmend durch Computer bzw. intelligente Systeme ersetzt, sodass heute noch sehr gut nachgefragte Spezialisten und Fachkräfte zukünftig ersetzbar werden. Weniger von dieser Entwicklung betroffen sind hingegen Berufe, in denen Kreativität und persönliche Beziehungen von Bedeutung sind (z. B. Beratungsleistungen, Pflegetätigkeiten). Diese Entwicklung findet auch dort statt, wo heute noch besonders preiswert produziert wird. Kostenvorteile können langfristig nicht mehr genutzt werden, daher gehen auch die Jobs in den Niedriglohnländern verloren. Zunächst führen die technologischen Entwicklungen zu einer Erhöhung des Lebensstandards, doch im nächsten Schritt – so die Autoren – werde die Gesellschaft zunehmend in arm und reich polarisiert, weil die Einkommenszuwächse nur noch einer relativ kleinen Elite zugute kommt. Ähnlich argumentiert auch der US-Ökonom Thomas Piketty (2014).

Eine aktuelle Studie der World Bank (2016, S. 2) belegt dass sich das weltweite Produktivitätswachstum verlangsamt und die Ungleichheit in vielen Län-



dern – besonderes in den reicheren – zunimmt; die positiven Wirkungen der Digitalisierung hingegen ließen noch auf sich warten. Es gibt laut Deepak Mishra, Ökonom bei der Weltbank, großes Potenzial für Produktivitätszuwächse, doch sei dies nicht garantiert. Es sei schwieriger als bisher erwartet, digitale Investitionen in digitale Dividenden umzuwandeln (Mattke 2016). Stattdessen wird ein zunehmender Druck auf den Arbeitsmarkt erwartet. Zwar könnten diejenigen mit den geeigneten Qualifikationen noch produktiver werden, die anderen stünden jedoch im Wettbewerb um die immer weniger werdenden einfachen Jobs (World Bank 2016).

Bedenklich sieht der Silicon-Valley-Kritiker Evgeny Morozov, dass besonders laute Stimmen für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus dem Silicon Valley kämen, wenngleich er das Grundeinkommen grundsätzlich befürwortet. In einem Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung wirft er die Frage auf, wieso sich gerade die Firmenchefs von Technikunternehmen und führende Venturekapitalgeber für die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens begeistern. Nach Auffassung des Autors seien die wesentlichen Hauptargumente der Technikmanager die Ineffizienz des Sozialstaats und das Schaffen eines sozialen Ausgleichs für die drohenden Jobverluste durch die Automatisierung. Letzteres sei aber eher als Feigenblatt zu verstehen, weil es die Betroffenen ruhigstelle. »Für Uber zu fahren, könnte dann eine Art Hobby werden, das ab und zu sogar Geld abwirft.« (Morozov 2016)

Die Zahl der Anhänger der Polarisierungsthese in der Gesellschaft mit einer negativen Zukunftsvision scheint also insgesamt zuzunehmen, bleibt aber auch nicht unwidersprochen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat sich in verschiedenen Studien der Frage der Konsequenzen einer Digitalisierung der Arbeitswelt und dem Arbeiten 4.0 gewidmet. Darin wird postuliert, dass mit dem digitalen Wandel für die Wirtschaft einerseits sehr viele positive Erwartungen verknüpft sind besonders in der IT-Branche, jedoch andererseits in Deutschland keine größeren Produktivitätssprünge zu erwarten seien, es vielmehr zu einer Stagnation des Produktivitätszuwachses kommen könne und man bislang von einer digitalen Wirtschaft oder Industrie 4.0 noch weit entfernt sei (BMAS 2016, S. 41). Frey/Osborne (2013) kamen zu dem Schluss, dass in den USA 47 % aller Jobs gefährdet seien. Auf Deutschland adaptiert treffe dies auf 42 % der Arbeitsplätze zu. Das ZEW hat im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie eine Kurzexpertise zur Studie von Frey/Osborne erarbeitet. Darin kommt das ZEW (2015a, S. 18) zu dem Ergebnis, dass die Studie vorsichtig interpretiert werden müsste und das Potenzial zur Automatisierung von Berufen und Arbeitsplätzen überschätzt werde. Würde nämlich davon ausgegangen, dass nicht ganze »Berufe«, sondern lediglich bestimmte Tätigkeiten automati-



siert würden, läge das Gefährdungspotenzial bei »nur« 12 % der Arbeitsplätze (ZEW 2015a, S. 23).

Aufgrund der Analyse der Studien zu Beschäftigungseffekten durch Industrie 4.0 wird vom BMAS (2016, S. 43 f.) gefolgert, dass der positive Nachfrageeffekt nach Produkten und Arbeitskräften die negativen Substitutionseffekte von Arbeit durch Maschinen übersteigt. Das ZEW (2015a, S. 24) weist darauf hin, dass Beschäftigte auch neugewonnene Freiräume nutzen könnten, um andere, schwer automatisierbare Aufgaben auszuüben. Es würden auch neue Arbeitsplätze entstehen, wenngleich diese voraussichtlich anspruchsvoll wären. Die Gesamtbeschäftigung müsste nicht zwangsläufig gefährdet sein, dies hinge primär von der künftigen Entwicklung der Produktionskosten und des Arbeitsangebots ab (ZEW 2015a, S. 20).

Auch das BMAS (2015, S. 38) untersuchte die Beschäftigungseffekte der Automatisierung. Prognostiziert wurde ein moderater Arbeitsplatzverlust von ca. 60.000 Personen. Am stärksten vom Beschäftigungsabbau betroffen seien Tätigkeiten im mittleren Qualifikationssegment und zwar im Bereich der Maschinen und Anlagen steuernden und wartenden Berufe.

Eine Schlussfolgerung lautet, dass sich eine Polarisierung in Form einer relativen Zunahme gering- und hochqualifizierter Beschäftigung in Deutschland bisher nicht zeige (BMAS 2015, S. 16). Dennoch deuten die Prognosen darauf hin, dass die Dynamik im Arbeitsmarkt steigt. Es werden Rückgänge bei Produktionsberufen und Anstiege im IT- und naturwissenschaftlichen Bereich erwartet, auch soll sich der Fachkräftemangel eher noch verschärfen (BMAS 2016, S. 43 f.).

Genaue zeitliche Prognosen dazu, wann sich der digitale Wandel voll entfalten wird und wann darauf mithilfe von Modellen zum Grundeinkommen reagiert werden sollte, werden noch nicht konkret diskutiert. Allenfalls werden Aussagen dazu getroffen, wann die Konsequenzen der Digitalisierung auf dem Arbeitsmarkt voll zum Tragen kommen könnten. Frey und Osborne (2013) gehen von einem Zeitraum von ca. 10 bis 20 Jahren aus. In Deutschland sei der Umsetzungsstand und das Investitionsvolumen von Industrie 4.0 bis auf die IKT-Branche gemäß dem ZEW (2015b) noch vergleichsweise überschaubar. Allerdings kommt das Beratungsunternehmen PwC zu dem Ergebnis, dass schon in 5 Jahren über 80 % der deutschen Unternehmen ihre Wertschöpfungskette digitalisiert hätten (Barsch 2015). Die Zeitangaben bewegen sich somit zwischen 5 und 20 Jahren.

Das Thema bedingungsloses Grundeinkommen findet auch in anderen Ländern eine Aufmerksamkeit, wenngleich nicht im direkten Zusammenhang mit der Digitalisierung. In der Schweiz wurde am 5. Juni 2016 per Volksentscheid gegen die die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens gestimmt. Der zur Abstimmung stehende Vorschlag sah ein garantiertes Einkommen von 2.500 Schweizer Franken (ca. 2.275 Euro) pro Monat für jeden Erwach-



senen und 625 Schweizer Franken pro Monat für jedes Kind vor, unabhängig von persönlicher Situation, Ausbildung/Qualifizierung und Bedürfnissen (Eidgenössische Abstimmungen 2016). Im Vergleich dazu werden von dem Berliner Crowdfundingprojekt »Mein Grundeinkommen« per Lotterieverfahren Menschen ausgewählt, die über 1 Jahr lang 1.000 Euro pro Monat beziehen, um auf diese Weise praktische Erfahrungen mit dem Grundeinkommen zu sammeln. Bis März 2016 wurden 37 Grundeinkommen finanziert. In Finnland hat sich die Regierung auf Basis einer Vorstudie (Kela 2016; Tietokaytton 2016) für ein Pilotprojekt ab 2017 entschieden. Ca. 10.000 Haushalte sollen für die Dauer von 2 Jahren ein monatliches Grundeinkommen von 550.850 Euro erhalten. Einige soziale Grundleistungen sollen zusätzlich zum Grundeinkommen erhalten bleiben. Mit diesem Schritt soll das Sozialsystem unbürokratischer gestaltet und die Arbeitslosenzahlen gesenkt werden (Armbrecht 2015). In den Niederlanden wird seit Anfang 2016 mit einer Art bedingungslosen Einkommens in verschiedenen Kommunen experimentiert. In der Stadt Utrecht erhalten ca. 250 Sozialhilfeempfänger rund 900 Euro pro Monat (Diekmann 2015).

Gesellschaftliche und politische Relevanz

Die eigentlich bereits alte Idee des bedingungslosen Grundeinkommens wird nun erstmalig im Zusammenhang mit der Digitalisierung und den hiermit verbundenen Konsequenzen für die Gesellschaft diskutiert. Sowohl die positiven als auch die negativen Konsequenzen eines bedingungslosen Grundeinkommens müssten vor dem Hintergrund der Digitalisierung der Gesellschaft und zunehmenden Automatisierung neu gedacht werden.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte – so die Befürworter – eine technologieinduzierte Ungleichheit und den Arbeitsplatzverlust durch Automatisierungsschübe ausgleichen helfen und somit gesellschaftlich verträglicher gestalten. Es ist aktuell jedoch noch ungewiss, wie sich die Automatisierung und Digitalisierung tatsächlich auf die Entwicklung von Berufsbildern und den Arbeitsmarkt auswirken werden. Es sollte beobachtet werden, inwieweit eine Polarisierung der Gesellschaft erfolgt, inwieweit Tätigkeiten der Beschäftigten in der Mittelschicht wegfallen und dafür mehr Jobs im Niedriglohnsektor und im Bereich der Dienstleistung entstehen.

Für das Parlament stellt sich in besonderer Weise die Frage nach den erwartbaren Folgen der Digitalisierung und der möglichen Option, mit einem bedingungslosen Grundeinkommen darauf zu reagieren. Daran knüpfen sich viele weitere Fragen. Grundsätzlich wäre in der Gesellschaft eine Debatte zu führen, ob ein solches Modell der sozialen Versorgung überhaupt wünschenswert wäre.



Berührt werden dabei auch kulturelle, psychologische bis hin zu religiösen Einstellungen zum Wert von Arbeit. Beispielsweise die Frage, welche Bedeutung bezahlte Arbeit als sinnstiftende Erfahrung und Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe (Hank 2016) hat, wenn in einer digitalisierten Welt nur noch »wenige arbeiten dürfen«. Die Rolle von Arbeit wird zumindest in Teilen neu definiert werden müssen.

Zu prüfen wäre auch, welche Konsequenzen die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für den Sozialstaat und seine Leistungen insgesamt hätte (Piper 2016). Dies umfasst z. B. Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und den Wohlfahrtsstaat oder die Möglichkeiten zur Finanzierung. Möglicherweise wären basierend auf den schon vorliegenden Vorschlägen zum bedingungslosen Grundeinkommen neue Umsetzungskonzepte zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sollten auch Alternativen zur sozialen Absicherung geprüft und ggf. (weiter)entwickelt werden, wie etwa bestehende Elemente oder neuartige Fördern-und-Fordern-Prinzipien. Hierzu liegen schon umfangreiche Vorarbeiten vor, die jedoch mit den Entwicklungen der Digitalisierung verknüpft betrachtet werden sollten.

Mögliche vertiefte Bearbeitung

Das dargestellte Thema umfasst sehr unterschiedliche Aspekte und Fragestellungen. Einerseits existiert eine breite und langjährige Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen. Andererseits umfasst die Digitalisierung allein zahlreiche Fragestellungen z. B. mit Blick auf Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und Berufe. Das bedingungslose Grundeinkommen stellt nur eine von mehreren Optionen zur Verteilung der digitalen Dividende dar. Letztlich verbindet sich mit dem Thema »Digitale Dividende – bedingungsloses Grundeinkommen« die grundsätzliche Frage nach der zukünftigen Ausrichtung, Organisation und Finanzierung des Sozialstaates. Eine solche Fragestellung wäre in einem TA-Projekt nur mit enormem Aufwand zu bearbeiten.

Näherliegend wäre es, einzelne Fragestellungen in Form von kürzeren Berichten bzw. von Fallstudien zu bearbeiten. Zwei geeignete Themen wären z. B.:

- > *Vergleichende Analyse von Modellvorhaben* in Ländern, die das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt haben (z. B. Finnland).
- > *Untersuchung zum Wandel der soziokulturellen Bedeutung von Arbeit*: Es wäre auszuloten, welchen Einfluss der digitale Wandel auf die soziale und kulturelle Bedeutung von Arbeit in unserer Gesellschaft hat und wie eine gesellschaftlich wünschenswerte, ökonomisch realistische Zukunft der Arbeit aussehen und gestaltet werden könnte.



Literatur

- Armbrecht, D. (2015): Finland's basic income experiment – can it work? 6.4., <https://www.weforum.org/agenda/2015/12/finland-basic-income/> (6.4.2016)
- Barsch, D. (2015): Aus der Studie: Industrie 4.0 – Chancen und Herausforderungen der vierten industriellen Revolution von PwC. 29.7., <http://veranstaltungen.handelsblatt.com/industrie/wie-industrie-4-0-sind-sie/> (16.6.2016)
- BIEN (2016): History of basic income. www.basicincome.org/basic-income/history/ (7.4.2016)
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (Hg.) (2015): Arbeit weiter denken. Arbeiten 4.0. Grünbuch, Berlin
- BMAS (2016): Digitalisierung der Arbeitswelt. Werkheft 01, Berlin
- Borchard, M. (Hg.) (2007): Das solidarische Bürgergeld. Analysen einer Reformidee. Stuttgart
- Brynjolfsson, E.; McAfee, A. (2014): The Second Machine Age. Kulmbach
- Diekmann, F. (2015): Grundeinkommen in der Schweiz und Finnland: Gleiches Geld für alle. 25.12., www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/grundeinkommen-was-sich-2016-in-der-schweiz-und-finnland-entscheiden-wird-a-1069076.html (6.4.2016)
- Eidgenössische Abstimmungen (2016): Bedingungsloses Grundeinkommen Schweiz. 1.4., www.eidgenoesische-abstimmungen.ch/abstimmungen-initiativen-schweiz/fuer-ein-bedingungsloses-grundeinkommen-initiative-schweiz/#Humanisierung_der_Arbeitswelt (6.4.2016)
- Frey, C.B.; Osborne, M.A. (2013): The Future of Employment: How susceptible are jobs to computerisation? Oxford
- Hank, R. (2016): Kommentar: Vergesst das bedingungslose Grundeinkommen. 26.1., <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/was-nichts-kostet-ist-auch-nichts-wert-14030328.html> (6.4.2016)
- Kela (2016): From idea to experiment – Preliminary report on a universal basic income completed –. 30.3., www.kela.fi/web/en/news-archive/-/asset_publisher/IN08GY2nIrZo/content/from-idea-to-experiment-preliminary-report-on-a-universal-basic-income-completed?_101_INSTANCE_3a1vR0IztzeZ_redirect=%2Fweb%2Fen (6.4.2016)
- Lachmann, G. (2006): SPD-General Heil flirtet mit den Liberalen. 29.10., www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article104633795/SPD-General-Heil-flirtet-mit-den-Liberalen.html (16.6.2016)
- Lessenich, S. (2009): Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte. Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn
- Mattke, S. (2016): Warten auf die digitale Dividende. 26.1., www.heise.de/tr/artikel/Warten-auf-die-digitale-Dividende-3082573.html (7.4.2016)
- Mitschke, J. (1985): Steuer- und Transferordnung aus einem Guß: Entwurf einer Neugestaltung der direkten Steuern und Sozialtransfers in der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden
- Morozov, E. (2016): Das Silicon Valley fordert ein Grundeinkommen – gut so! 8.3., www.sueddeutsche.de/wirtschaft/internet-und-politik-so-wie-fischen-nur-sozialer-1.2895712 (11.4.2016)
- Opielka, M.; Ostner, I. (Hg.) (1987): Umbau des Sozialstaats. Grüne Sozialpolitik. Essen



- Opielka, M.; Voruba, G. (1986): Das garantierte Grundeinkommen: Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Frankfurt a.M.
- Paine, T. (1795): Agrarian Justice. www.constitution.org/tp/agjustice.htm (7.4.2016)
- Piketty, T. (2014): Capital in the Twenty-First Century. Harvard
- Piper, N. (2016): Das Grundeinkommen ist verführerisch – und gefährlich. 25.1., www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kommentar-gefaehrlich-verfuehrerisch-1.2833295 (6.4.2016)
- Rifkin, J. (1996): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt a.M.
- Schäfer, U. (2016): Davos diskutiert über das Grundeinkommen. 22.1., www.sueddeutsche.de/wirtschaft/verlust-von-arbeitsplaetzen-durch-digitalisierung-ausgerechnet-davos-diskutiert-nun-ueber-das-grundeinkommen-1.2829834 (6.4.2016)
- SPD (2008): Bedingungsloses Grundeinkommen? Geld allein genügt nicht! Sozialstaatliche Verantwortung für gesellschaftliche Inklusion
- tagesschau.de (2016): Referendum in der Schweiz. Klares Nein zur Grundsicherung. 5.6., <https://www.tagesschau.de/ausland/schweiz-volksabstimmung-103.html> (16.6.2016)
- World Bank (2016): World Development Report 2016: Digital Dividends. Washington, D.C.
- Tietokayttoon (2016): Julkaisu – Selvitys- ja tutkimustoiminta. 30.3., <http://tietokayttoon.fi/julkaisu?pubid=10601> (6.4.2016)
- Werner, G.W. (2008): Einkommen für alle. Berlin
- Zeit Online (2015): Telekom-Chef Höttges für bedingungsloses Grundeinkommen. 29.12., www.zeit.de/wirtschaft/2015-12/digitale-revolution-telekom-timotheus-hoettges-interview (6.4.2016)
- ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH) (2015a): Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland. Mannheim
- ZEW (2015b): Industrie 4.0: Digitale (R)Evolution der Wirtschaft. Mannheim



**BÜRO FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG
BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

KARLSRUHER INSTITUT FÜR TECHNOLOGIE (KIT)

Neue Schönhauser Straße 10
10178 Berlin

Tel. +49 30 28491-0
Fax +49 30 28491-119

buero@tab-beim-bundestag.de
www.tab-beim-bundestag.de